

PRESSEMITTEILUNG

Bürger.Courage e.V.
Prießnitzstraße 18
01099 Dresden

presse@buenger-courage.de
www.buenger-courage.de

„Geschichtsklitterung nicht durchgehen lassen“

Bürger.Courage kritisiert Aussagen von Innenminister Ulbig

Dresden, 19. Januar 2012

Die Dresdner Initiative Bürger.Courage kritisiert die Aussagen des sächsischen Innenministers Markus Ulbig im heute erschienenen Interview mit der „Sächsischen Zeitung“. Ulbig beklagte darin die „frühere Zerrissenheit zwischen den Protestgruppen“ bei der Auseinandersetzung mit den jährlichen Neonazi-Aufmärschen in Dresden um den 13. Februar.

„Bei allem Respekt vor dem sächsischen Innenminister – diese Geschichtsklitterung kann man der CDU nicht durchgehen lassen“, sagt Christian Demuth, Vorsitzender von Bürger.Courage. „Es gab früher keine Zerrissenheit der Protestgruppen. Es gab auf der einen Seite verschiedene Gruppen in der Stadt, die aktiv und friedlich gegen den Nazi-Aufmarsch protestiert haben – und zwar schon lange bevor sich Blockade-Bündnisse bildeten. Und es standen auf der anderen Seite eine Staatsregierung und eine CDU, die sich nur minimal oder gar nicht gegen den großen Nazi-Aufmarsch engagiert haben. Oder, noch schlimmer, die friedliche Proteste dagegen kriminalisierten und sabotierten.“

Bürger.Courage freue sich, dass „sich etwas zu bewegen scheint“ und die Staatsregierung erkannt habe, wie wichtig ein breiter Protest der Bürgerschaft gegen Neonazis sei. „Es sollte aber nicht vergessen werden, dass viele engagierte Gruppen in der Bürgerschaft, die eine aktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einfordern, bei der Staatsregierung jahrelang auf taube Ohren gestoßen sind – und diese tut nun so, als sei sie schon immer die Speerspitze im Kampf gegen Nazis“, kritisiert Demuth weiter. „Da wäre ein wenig mehr Selbstkritik durchaus angebracht.“ Zudem betont der Verein, dass Staatsregierung und CDU erst im kommenden Februar ihre „Nagelprobe“ hätten, ob sie „tatsächlich hinter einem starken Protest aller Demokraten gegen Neonazis stehen“ und diesen Protest in wirklicher Hör- und Sichtweite des Nazi-Aufmarschs ermöglichen.